

Bezugspreis:
Bierteljährlich
für Ditz 2 Mk. 10 Pfg.
Bei den Postanstalten
(inkl. Bestellgeld)
2 Mk. 20 Pfg.
Erscheint täglich mit Aus-
nahme der Sonn- und
Feiertage.
Druck und Verlag
von H. Chr. Sommer,
Ditz.

Diezer Zeitung

(Kreis-Anzeiger.)

(Bahn-Vote.)

(Kreis-Zeitung.)

Preis der Anzeigen:
Die einspaltige Kleinzeile
oder deren Raum 20 Pfg.
Kleinanzeige 10 Pfg.
Ausgabestelle:
Ditz, Rosenstraße 36.
Fernsprecher Nr. 17.
Verantwortlich für die
Schriftleitung:
Richard Hein, Bad Gm.

verbunden mit dem „**Amtlichen Kreisblatt**“ für den Unterlahnkreis.

Nr. 13

Ditz, Mittwoch den 16. Januar 1918

24. Jahrgang

Die deutschen amtlichen Berichte.

Berlin, 15. Januar abends (M. B. Anstalt.)

Zwischen Brenta und Piave vielfach heftiger Feuer-
kampf.

Von den anderen Kriegsschauplätzen nichts Neues.

W. D. Großes Hauptquartier, 15. Januar (Amtlich)

Östlicher Kriegsschauplatz.

Prinzipieller Ereignis. An verschiedenen Stellen
der Front Artilleriekampf.

Westlicher Kriegsschauplatz.

Nichts Neues.

Mazedonische Front.

Die Lage ist unverändert.

Italienische Front

Starke Angriffe, die der Italiener gegen die öster-
reichisch-ungarischen Stellungen am Monte Mucrone
und Monte Vertica führte, sind unter schweren Ver-
lusten gescheitert.

Tagüber in den Angriffsabschnitten anhaltende
Feuerkämpfe dehnten sich zeitweilig nach Westen über
die Brenta, nach Osten bis zur Piave aus. Auch
längs der unteren Piave und in Verbindung mit ita-
lienischen Vorstößen im Piave-Delta war die Artillerie-
tätigkeit vielfach gesteigert.

Der Erste Generalquartiermeister
Budenböff.

Neue U-Boot-Erfolge.

W. D. Berlin, 14. Jan. Eines unserer Unterseeboote
hat unter schneller Führung des Oberleutnants z. S.
Sohs leibhaftig im Aermelkanal fünf Dampfer u. drei
Fischerfahrzeuge mit rund 21000 Br.-R.-Z. versenkt, eine
Leistung, die um so anerkannterwert ist, als die Erfolge
von einem kleinen U-Boot und in einem Seegebiet erzielt
wurden, in dem die feindliche Gegenwirkung besonders stark
ist. Alle Dampfer mit Ausnahme eines waren bewaffnet
und tief geladen. Es konnten namentlich festgestellt wer-
den der englische bewaffnete Dampfer Zolante, 3081 Ton-
nen, sowie der bewaffnete englische Landdampfer Arco,
4398 Tonnen, der in geschickt durchgeführtem Angriff aus
einem stark gesicherten Landdampfergeleit hervorgehoben
wurde. Die versenkten Fischerdampfer waren englischer
Nationalität und führten die Namen Gratitudine (S. M. 25),
Barna (S. M. 43) und S. M. 201.

Fliegerleutnant Müller

Berlin, 14. Jan. Wie aus München berichtet wird,
ist der bayerische Fliegerleutnant Max Müller, Ritter des
Ordens Pour le mérite, bei der Jagdstaffel 104, in der
Nähe von Cambrai nach seinem 38. Luftzuge infolge Flug-
zeugfehlers tödlich verunglückt und so unbefristet für das
Vaterland gefallen.

Die Verhandlungen über die besetzten Gebiete.

(Fortsetzung aus dem Kreisblatt)

Hierauf erbat General Hoffmann das Wort und
sagte aus: Ich muß zunächst gegen den Ton dieser Vor-
schläge protestieren. Die russische Delegation spricht mit
uns, als ob sie siegreich in unserem Lande stände und uns
Bedingungen diktieren könnte. Ich möchte darauf hin-
weisen, daß die Tatsachen entgegengesetzt sind. Das siegreiche
deutsche Heer steht in Ihrem Gebiet! Ich möchte dann fest-
stellen, daß die russische Delegation für die besetzten Gebiete
die Anwendung eines Selbstbestimmungsrechtes der Völker
in einer Weise und in einem Umfang fordert, wie es ihre
eigene Regierung im eigenen Lande nicht anwendet. Ihre
Regierung ist begründet lediglich auf die Macht und zwar
auf eine Macht, die rücksichtslos und mit Gewalt jeden
Widerstand unterdrückt. Jeder Andersdenkende wird
einfach als Gegenrevolutionär und Bourgeois für vogel-
frei erklärt. Ich will diese meine Ansicht nur an zwei Bei-
spielen erhärten. In der Nacht zum 31. 12. wurde der
erste weißrussische Kongress in Minsk, der das Selbstbestim-
mungsrecht des weißrussischen Volkes geltend machen wollte,
von Maximilian durch Bajonette und Maschinengewehre
ausgeblendet. Als die Ukrainer das Selbstbestim-
mungsrecht geltend machten, stellte die Petersburger Regie-
rung ein Ultimatum und versuchte die Erzwingung ihres
Willens mit Waffengewalt durchzusetzen. So viel aus den
mir vorliegenden Tatsachen hervorgeht, ist der Bürger-
krieg noch im Gange. So stellt sich die Anwendung des
Selbstbestimmungsrechtes der Völker durch die maximalisti-
sche Regierung in der Praxis. Die deutsche Oberste Heeres-
leitung muß deshalb die Einmischung in die Regelung der
Angelegenheiten in dem besetzten Gebiete ablehnen. Für
uns haben die Völker in dem besetzten Gebiete ihrem
Wunsch der Losrennung von Rußland bereits klar und

unzweideutig Ausdruck gegeben. Von den wichtigsten
Beschlüssen der Bevölkerung möchte ich folgendes
hervorheben: Am 21. 9. 1917 erbat die kurländische Lan-
desversammlung, die sich ausdrücklich als Vertreterin der
Gesamtbefölkerung Kurlands bezeichnete, den Schutz des
Deutschen Reiches. Am 11. 12. 1917 proklamierte der litau-
ische Landesrat, der von den Litauern des In- und Aus-
landes als die einzig bevollmächtigte Vertretung des litau-
ischen Volkes anerkannt ist, den Wunsch der Abtrennung
von allen staatlichen Verbindungen, die bisher mit anderen
Völkern bestanden haben. Am 27. 12. sprach die Stadtber-
echnetenversammlung in Riga eine ähnliche Bitte an das
Deutsche Reich aus. Diefem Antrage haben sich die Rigaer
Kaufmannskammer, die Große Gilde, die Vertreter der
Landesbevölkerung, sowie 70 Rigaer Vereine angeschlossen.
Schließlich haben im Dezember 1917 auch Vertreter der Rit-
terschaft und der ländlichen, städtischen und kirchlichen Ge-
meinden auf Döbel, Dagoe und Moon in verschiedenen Er-
klärungen sich von ihren bisherigen Beziehungen losgelöst.
Auch aus verwaltungstechnischen Gründen muß die deutsche
Oberste Heeresleitung die Räumung Kurlands, Litauens und
Rigas und der Inseln im Rigaischen Meerbusen ablehnen.
Alle diese Gegenden besitzen keine Verwaltungsorgane, keine
Organe der Rechtspflege, keine Organe des Rechtsschutzes,
keine Eisenbahnen, keine Telegraphen, keine Post. Alles
dies ist deutscher Besitz und in deutschem Betriebe. Auch
zur Errichtung eines eigenen Volksheeres oder einer Miliz
sind die Länder aus Mangel an geeigneten Organen in
absehbarer Zeit nicht in der Lage.

Staatssekretär v. Kühlmann: Ich möchte hervor-
heben, daß es nicht möglich ist, auf die hier vorlesene schrift-
liche Erklärung der russischen Delegation unsererseits jetzt
irgendwie Stellung zu nehmen. Ich muß mir die weitere
Erklärungnahme in allen Punkten vorbehalten, möchte aber
meiner persönlichen Ansicht dahin Ausdruck geben, daß der
von der russischen Delegation vorgeschlagene modus proce-
dendi, nämlich daß die Delegationen sich gegenseitig formu-
lierte Schriftstücke vorlegen, weder zur Beschleunigung der
Verhandlungen beitragen wird, noch, besonders wenn die
Schriftstücke den uns heute vorgelegten entsprechen, im
allergeringsten dazu beitragen wird, die Aussichten der
Verhandlungen, die wir führen, in besonders rosigem Lichte
erscheinen zu lassen. Ich persönlich bin der Ansicht, daß es
zweckmäßiger gewesen wäre, in der gestern angefangenen
Arbeit fortzufahren, bis der ganze Stoff durchgesprochen war,
und dann nach Abschluß der mündlichen Durcharbeitung,
wenn es nötig erschienen wäre, das Ergebnis der münd-
lichen Durcharbeitung schriftlich zu fixieren. Da aber die
russische Delegation durch ihren heutigen Antrag sich auf
einen anderen Boden stellt, schlage ich vor, zur Beratung
unter den Bundesgenossen die Sitzung aufzuheben.

Herr Troitzki: Es ist selbstverständlich, daß es durch-
aus nicht unsere Absicht ist, die Technik der Verhandlungen
zu erschweren. Wenn die Gegenpartei sich auf den Stand-
punkt stellt, daß für das Vorbringen schriftlicher Formu-
lierungen noch nicht der richtige Zeitpunkt ist, so würde
unser heutiger Vorschlag zur Diskussion gestellt werden,
und wir würden uns das Recht vorbehalten, im Laufe der
weiteren Verhandlungen zu unserer Deklaration als solcher
oder zu einzelnen Teilen derselben zurückzukehren, ohne in
irgend einer Weise der Gegenpartei eine ähnliche Behand-
lung der Angelegenheit aufzuzwingen zu wollen.

Staatssekretär v. Kühlmann: Ich kann diesen Vor-
schlag nicht annehmen. Das Vorhandensein schriftlich for-
mulierter und ausgearbeiteter Vorschläge auf der einen
Seite, denen von der anderen Seite keine entsprechende
Gegenformulierung entgegengesetzt wäre, würde durchaus
unerwünscht sein. Ich muß deshalb an meiner Auffassung
festhalten, daß vor irgendwelcher Stellungnahme meiner-
seits zu der neuen Lage eine erneute Beratung der Bundes-
genossen nötig ist.

Zur Sitzung wurde hierauf aufgehoben. Eine neue Sit-
zung zur Fortsetzung der Beratungen ist noch nicht anbe-
raumt worden.

Der Arbeitsplan des Abgeordnetenhauses

W. D. Berlin, 15. Jan. Der Aeltersten-Aus-
schuß des Abgeordnetenhauses, der am Dien-
stag nach der Vollziehung zusammentrat, beschloß, am Don-
nerstag und Freitag keine Plenarsitzungen abzuhalten, da-
mit der Verfassungsausschuß seine Arbeiten fördern könne.
Am Samstag, den 19. Januar, wird die erste Lesung des
Staatsbegl. dann anschließend soll alles das zur Be-
ratung kommen, was noch an gesetzgeberischen Arbeiten vor-
liegt. Diese Beratungen sollen jedoch nicht über den Don-
nerstag der kommenden Woche hinausgehen. Von Don-
nerstag, den 24. Januar bis zum 23. Februar wird eine
Pause eintreten, um dem Haushaltsausschuß und dem
Wahlrechtsausschuß Zeit zu den Beratungen zu lassen. Die
Arbeiten des Haushaltsausschußes sollen in einem Zug
hintereinander erledigt werden, damit sofort in die zweite
und dritte Lesung des Staatsbegl. eingetreten und der Etat des
Herrnhauses so rechtzeitig zugestellt werden kann, daß auch

das Herrenhaus in der gesetzlichen Frist seine Etatberatun-
gen zu Ende führen kann.

Die Beratung der preussischen Wahl- reform.

W. D. Berlin, 14. Jan. In der fortgesetzten Be-
ratung des Wahlrechtsausschusses des Abgeordnetenhauses
wies ein Freikonservativer darauf hin, daß die
Wahlrechtsvorlage im engsten Zusammenhange stehe mit dem
preussischen Kommunalwahlrecht. Auch die Aufgaben der
Gemeinden berührten sich vielfach mit denen des Staates.
Die Staatsregierung müsse angeben, wohin mit dem Städte-
wahlrecht die Reise gehe. Er müsse den Ausführungen
widersprechen, daß das Königtum die Führung in der Wahl-
rechtsvorlage übernommen habe. Die Vorlesung vom 11.
7. 17 stelle eine Konzession an der Reichsfinanzler Dr. v.
Berghmann-Holtweg dar, der am Amte klebe. Für das
Pluralwahlrecht, das der Minister des Innern als logisch
bezeichnet, müsse sich ein Schlüssel finden lassen. Der Mi-
nister des Innern führte aus, er könne nicht ver-
sprechen, ob eine alsbaldige Stellungnahme der Regierung
zum Städtewahlrecht erfolgen werde, Erhebungen würden
dazu nötig sein. Es bestehe ein wesentlicher öffentlich-recht-
licher Unterschied zwischen der Struktur des Staates und der
Städte. Auf die Ausführungen eines nationalliberalen Red-
ners wandte sich der Vizepräsident des Staats-
ministeriums gegen die Auslegung seiner Worte. Er
sagte es durchaus ausdrücklich, daß, wenn die Vorlage nicht zu-
standekomme, in weiten Volkskreisen eine große Enttäusch-
ung entstehen könnte, die dazu beitragen könnte, in diesen
Kreisen den Siegeswillen abzuschwächen. In Bezug auf
die Optantenpolitik wüßte die Regierung die Schwierig-
keiten, die sich als eine Folge der Erscheinung aus dem
gleichen Wahlrecht ergeben könnten, durchaus, aber auch
das Pluralwahlrecht würde diese nicht gerade erfreulichen
Folgererscheinungen nicht hintanhaltend können. Zum Schutze
des Deutschtums müsse alles geschehen, aber es müsse auch
alles vermieden werden, was als ein Kampfmittel gegen
die Polen aufgefaßt werden könne. Nach einem königlichen
Erlaß sollte die Vorlage so zeitig eingebracht werden, daß die
nächsten Wahlen bereits nach dem neuen Gesetz erfolgen
könnten. Wenn vielleicht auch die Wahlperiode verlängert
werden müsse, so müsse doch sofort nach dem Eintritt des
Friedenszustandes die Auflösung des Landtages erfolgen.

W. D. Berlin, 14. Jan. Im Wahlrechtsaus-
schuß des Abgeordnetenhauses führte der Minister des In-
nern aus: Die Politik in der Ostmark zielt auf die Er-
haltung des Deutschtums durch positive Maßnahmen ab.
Er hege den Optimismus, daß auch das Abgeordnetenhaus
künftig die Politik des Schutzes des Deutschtums nicht
aufgeben werde. Repressive Maßnahmen würden unterblei-
ben können. Der Vizepräsident des Staatsministeriums
erklärte, daß das preussische Staatsministerium die deut-
sche Minderheit stützen müsse. Hierauf wurde die Weiter-
beratung auf Donnerstag vertagt.

Spionage.

W. D. Berlin, 14. Jan. Wie wir hören, ist am 11.
Dezember der Herausgeber der in Amsterdam erscheinenden
radikal-sozialistischen Wochenschrift Der Kampf Karl
Minster auf deutschem Boden von der deutschen Grenz-
wache in der Nähe von Niebelsheim festgenommen worden.
nachdem er unbefugt den deutsch-niederländischen Grenzfluß
(Wurm) überschritten hatte. Minister ist dringend verdäch-
tig, mit dem englischen Nachrichtendienst, insbesondere dem
Büro Tinsley in Rotterdam, in Verbindung zu stehen und
für diesen durch Mittelspersonen in Deutschland militä-
rische und wirtschaftliche Spionage getrieben zu haben. Er
hat bereits zugegeben, durch eine Vertrauensperson einen
Brief an den Bürobotschafter einer Kriegsamtsstelle ge-
richtet zu haben, in dem er um Auskunft über unsere Vor-
räte an Rohstoffen, die für die Rüstungsindustrie wichtig
sind, bittet. Als seine Helfershelfer kamen etwa neun Per-
sonen im Westen Deutschlands und in Berlin in Betracht.
Von diesen konnten nach kurzer Zeit fünf wieder aus
der Haft entlassen werden. Von der feindlichen Presse ist in
den letzten Tagen die Nachricht verbreitet worden, in
Deutschland seien mehrere hundert Mitglieder der Unab-
hängigen sozialdemokratischen Partei verhaftet worden.
Offenbar ist die oben geschilderte Verhaftung des Ministers
und seiner Helfershelfer auf diese Weise von dem Verban-
de aus leicht erkennbaren Gründen böswillig aufgebauscht
worden.

Rußland.

W. D. Amsterdam, 14. Jan. Der Mitarbeiter der
Daily News in Stockholm hat dort mit Buchanan, dem
bisherigen englischen Botschafter in Petersburg, eine Un-
terredung gehabt über die Zustände in Rußland.
Buchanan sagte, die Lage in Rußland sei so unsicher, weil
niemand wisse, was morgen geschehen könne. Ein schneller
Umschwung in den innern Verhältnissen sei allerdings nicht
wahrscheinlich, weil keine der andern Parteien noch stark

